New-York. Die Musikkapelle der „Hohenzollern" spielte am Montag in einem Wohlthätigkeitsconcert in der Carnegie Hall. Die Einnahmen beliefen sich auf 2500 Dollars.

Berlin. (Priv.-Tel.) **Reichstag.** In erster und zweiter Berathung wird der Veteranen-Nachtragsetat pro 1901 ohne jede Debatte erledigt und sodann die Berathung des Etats des Auswärtigen Amtes mit der dazu vorliegenden sozialdemokratischen Resolution, betr. Rücksendung der astronomischen Instrumente nach China, fortgesetzt. — Abg. Bachem (Centr.) bedauert, daß die Instrumente überhaupt nach Deutschland geschafft worden seien; aber nachdem die chinesische Regierung einmal auf die ihr zur Verfügung gestellten Instrumente verzichtet habe, könne man sie doch nicht zum zweiten Male zur Verfügung stellen. Angesichts Chinas Verzicht bestehe auch der juristische Moment, daß die Instrumente in unseren Besitz übergegangen seien. Es würde geradezu lächerlich aussehen, wenn wir der chinesischen Regierung nun nochmals mit solchem Anerbieten kämen. — Abg. v. Tardorff (Reichsp.) erklärt ebenfalls die Resolution für unannehmbar; die Rückgabe der Instrumente würde von der ganzen chinesischen Bevölkerung falsch verstanden werden. Redner wendet sich sodann gegen jede Vermischung der wirthschaftlichen Politik mit der großen Politik. Das sei auch stets die Meinung Bismarck's gewesen, wir dürften niemals politische Beziehungen durch wirthschaftliche Zugeständnisse erkaufen. Hat doch Bismarck sogar den russischen Papieren einmal die Beleihungsfähigkeit seitens der Reichsbank entzogen, ohne daß dadurch unser Verhältniß zu Rußland sichtbar verschlechtert worden wäre. Wenn die Sozialdemokraten Einmischung in den südafrikanischen Krieg und in andere Fragen verlangten, so müßten sie doch zum Mindesten auch für die Vermehrung der deutschen Flotte stimmen. (Sehr richtig! Rechts.) Er selbst und das deutsche Volk hätten jedenfalls mehr Vertrauen zu der Politik des deutschen Reichskanzlers als zu der Politik Gradnauer-Ledebur. (Heiterkeit.) — Abg. Herzfeld (Soz.) wünscht Vermehrung der Berufskonsulate im Interesse der seemännischen deutschen Bevölkerung im Auslande. Die Wahlkonsulate seien zu abhängig von den Rhedereien. — Staatssekretär v. Richthofen: Auch in die Wahlkonsulate würden möglichst unabhängige Männer berufen; überall die Wahlkonsulate in Berufskonsulate zu verwandeln, sei undurchführbar, und der Reichstag würde der Wahl auch aus finanziellen Gründen wohl kaum zustimmen. Wir haben z. B. in Schweden-Norwegen allein 62 Wahlkonsuln. Ueberall, wo ein Bedürfniß für ein Berufskonsulat vorliegt, sind wir darauf bedacht, ein solches zu errichten. — Abg. Müller-Sagan (freis. Ver.): Nachdem einmal die astronomischen Instrumente China zur Verfügung gestellt worden seien und China verzichtet habe, könne doch das nicht heute noch einmal geschehen, wie dies die sozialdemokratische Resolution fordere; aber die Instrumente müßten nach ihrem Werth auf die Kriegsentschädigung in Anrechnung gebracht werden. — Abg. v. Hodenberg (Welfe) verlangt vom Auswärtigen Amt, daß sich dasselbe mit aller Energie der Deutschen in Südafrika annehme. — Abg. Dr. Hasse (nat.-lib.) weist dem gestrigen sozialdemokratischen Redner gegenüber darauf hin, was zu Gunsten der Buren, speziell der Alldeutschen, geschehen ist. Richtig sei, daß das Verhalten Englands in Südafrika allen Gesetzen des Völkerrechts widerspricht, unrichtig aber sei leider, daß dasselbe auch den Abmachungen im Haag widerspreche; denn gerade England habe es verstanden, im Haag Abmachungen zu verhindern, wonach die Haager Beschlüsse auch hinsichtlich der nicht an ihm betheiligten Länder Geltung haben sollten. Redner wendet sich schließlich gegen die sozialdemokratischen Gleichheitstheorien. Ganz falsch sei auch der Vergleich, den Ledebur ziehe zwischen den Polen im Deutschen Reiche und den Deutschen im Auslande. Haben denn die Polen so an der Kulturentwickelung Deutschlands mitgewirkt, wie etwa die Deutschen in Ungern, die Deutschen in Amerika usw.? — Abg. Barth (freis. Ver.): Die Wegnahme der Instrumente war von keinem Standpunkte aus zu billigen. Die nachträgliche „Schenkung" erinnere auch zu sehr an die nachträgliche Legitimirung außerehelicher Kinder; aber wenn wir jetzt die Instrumente nochmals anbieten und zurückziehen wollten, so sähe doch das gar zu operettenhaft aus. Daß die politischen Beziehungen der Staaten untereinander außerordentlich beeinflußt werden durch die wirthschaftlichen Beziehungen, sei doch zweifellos. Seit Bismarck's Abgange hätten wir jedenfalls nur eine einzige wirklich große That im Deutschen Reiche erlebt und das seien die Caprivi'schen Handelsverträge. (Beifall links, Lachen rechts.) — Abg. Arendt (Reichsp.) sieht in der Ausbildung unserer Flotte in den letzten Jahren eine viel größere That. Redner geht dann auf die Burenfrage ein; bei aller Sympathie für die Buren müßten wir doch in Deutschland den realen Verhältnissen Rechnung tragen. Wir dürften uns nicht einmischen, so lange wir nicht auch bereit wären, eventuell zu den Waffen zu greifen. Der Deutsche Burenbund könne dem Staatssekretär nur dankbar sein für die ihm gewordene Unterstützung. Wenn die Antwort Englands, welche nur die Hinaussendung von Kleidern und Lebensmitteln gestattet, ungenügend sei, so treffe dafür jedenfalls unsere Regierung keine Schuld. Zu erklären sei die Antwort Englands nur dadurch, daß England Niemandem einen Einblick in die Konzentrationslager erlauben wolle. — Abg. Beck-Coburg (freis. Volksp.) würde es sehr bedauern, wenn die alldeutschen Bestrebungen unsere guten Beziehungen zu Oesterreich stören sollten. — Abg. Fürst Bismarck stellt dem Abg. Barth gegenüber fest, daß der erste Reichskanzler thatsächlich am 5. Dezember 1876 sich dahin ausgesprochen habe, daß wirthschaftliche und politische Beziehungen nicht vermengt werden dürften. Ob Barth Anlaß gehabt habe, wegen der Handelsverträge das Lob Caprivi's zu singen, möchte er bezweifeln; es wäre besser gewesen, den Mantel der christlichen Liebe darüber zu decken. (Unruhe links, Zuruf: Jawohl!), denn er selbst habe damals von zuverlässigen Personen aus den Vertragsstaaten vertraulich gehört, diese wären nöthigen Falls bereit gewesen, noch weitere Zugeständnisse zu machen, aber die deutschen Unterhändler hätten eben ja dazu gar keine Zeit gelassen, so große Eile hätten sie gehabt. Gegenwärtig würde jedenfalls die Majorität für den Zolltarif der Regierung hier im Reichstage noch eine größere sein als 1879, etwa 80 Stimmen Majorität gegen damals nur 20, wenn es gelinge, sich noch über einige Kleinigkeiten zu einigen. — Abg. Gradnauer (Soz.) erinnert den Vorredner an das bekannte Wort, daß der Abschluß der Handelsverträge ein Markstein in der deutschen Geschichte sein und bleiben werde. — Abg. Freiherr Heereman v. Zonnenberg (Rep.) bemerkt den Sozialdemokraten, wenn diese sich hier als Vertreter der Humanität aufwerfen, so verweise er sie nur auf die Pariser Commune. In der chinesischen Frage habe sich unsere Regierung glänzend bewährt; auch betreffs der Stellung unserer Regierung zu England sei die Befriedigung in Deutschland seit der Chamberlain-Affaire gewaltig gestiegen. Er freue sich der scharfen Abweisung englischer Machenschaften gelegentlich der Amerikareise des Prinzen Heinrich. In der Burenfrage habe die Regierung streng neutral bleiben müssen. Sei es denn aber nicht möglich, die englischen Pferdeankäufe zu verhindern? Jedenfalls müsse man unserer Regierung dankbar sein für ihre Bemühungen zu Gunsten des Deutschen Burenbundes und zu Gunsten der aus Südafrika ausgewiesenen Deutschen. — Staatssekretär v. Richthofen erklärt, die Regierung werde in Bezug auf die Zulassung von Aerzten nach Südafrika nach wie vor ihre Bemühungen fortsetzen, und sie hoffe auch noch, daß diese nicht erfolglos sein werden. Auch die Erledigung einiger vom Abgeordneten v. Hodenberg vorgetragenen Beschwerdefälle von Missionaren werde sich die Regierung angelegen sein lassen. Ein Pferdeausfuhrverbot könne doch keine Nachtheile für unsere Landwirthschaft haben. Ueberdies sei durchaus nichts darüber festgestellt, daß von der Pferdeausfuhr in der letzten Zeit ein irgend erheblicher Theil nach Südafrika gegangen sei. Auch sei unsere Pferdeausfuhr überhaupt nicht im Vergleiche zu früheren Jahren erheblich gestiegen. — Abg. Ledebur (Soz.) erinnert bezüglich der englischen Pferdeankäufe in Deutschland an Aeußerungen der „Deutschen Tageszeitung": „Nur zu, denn entweder sind unsere Pferde für Südafrika brauchbar, dann können die Buren den Engländern die Pferde ja doch wegnehmen, oder sie sind nicht brauchbar, dann sind unsere Landwirthe die Pferde los, und den Engländern nützen sie nichts". Die Klagen über die englischen Pferdeankäufe bei uns seien also schnöde Heuchelei. Redner bezeichnet schließlich die Wegnahme der astronomischen Instrumente als ruchlose That, wofür er vom Vice-Präsidenten Büsing zur Ordnung gerufen wird. — Abg. Semler (nat.-lib.) erklärt sich gegen öffentliche Handelskammern im Auslande. Liege dem Handel an solchen Handelskammern etwas, so müsse er sie sich privatim verschaffen. — Abg. Barth vertheidigt die Handelsverträge, die Deutschland zum Segen gereicht hätten. Die Räuber- und Mordgeschichten, die der Abg. Fürst Bismarck erzählt habe, von angeblichen Aeußerungen ausländischer Unterhändler bei den Handelsvertragsverhandlungen, sollte man doch lieber alten Tanten zu erzählen überlassen. Gegenüber solchen Angriffen auf die frühere Politik der Reichsregierung verhält sich die heutige Regierung auffallender Weise stumm. Was habe denn eigentlich die gegenwärtige Regierung an Erfolgen aufzuweisen, was sich mit den Caprivi'schen Handelsverträgen messen könnte, was sei denn der jetzige Zolltarif? Selbst die Agrarier bekämpften ihn. Der Titel Staatssekretär wird hierauf genehmigt und die Resolution wegen der astronomischen Instrumente gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und eines Theiles der freisinnigen Volkspartei abgelehnt. Beim Titel „Botschaft in Petersburg" führt Abg. Bebel Beschwerde darüber, daß eine Frau in Nimmersatt, welche im Oktober v. J. gelegentlich eines privaten Anlasses die russische Grenze überschritt, dort in's Gefängniß gesetzt worden sei, weil ihr Mann im Verdacht stand, sozialdemokratische Schriften über die Grenze gebracht zu haben. Man halte in Rußland noch heute die Frau fest, um von ihr irgendwelches Geständniß zu erpressen; außerdem sei ihr Mann in Nimmersatt, also auf deutschem Boden, fortgesetzt von russischen Geheimpolizisten verfolgt worden. — Staatssekretär v. Richthofen: Der Fall ist zu meiner persönlichen Kenntniß noch nicht gelangt, ich muß daher erst prüfen, ob die Darstellung nicht eine einseitige ist, oder ob der Fall geeignet ist, Vorstellungen in Petersburg zu erheben. Auf eine Beschwerde des Abg. Eickhoff erklärt der Staatssekretär, Artikel 5 des Handelsvertrags mit Rußland lasse das Verbot der Einfuhr von Feuerwaffen nach Rußland zu. Vorstellungen dagegen würden augenblicklich ergebnißlos sein. Er sei aber gern bereit, die Sache bei den etwa bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen mit Rußland im Auge zu behalten. Weiter acceptirt der Staatssekretär dankend eine Anregung des Abg. v. Hertling, daß im orientalischen Seminar auch Vorlesungen über Konsular- und Kolonialrecht gehalten werden sollen. Er werde sich dieserhalb mit dem preußischen Kultusministerium in Verbindung setzen. Ueber den Etatsposten 30 000 Mk. Zuschuß an die Deutsche Kolonialgesellschaft für Schaffung einer Auskunftsstelle für Auswanderer entspinnt sich noch eine längere Debatte, weil die Kommission diesen Titel unter den fortdauernden Ausgaben unter die einmaligen gesetzt hat. — Staatssekretär v. Richthofen erklärt, die Regierung müsse sich vorbehalten, ob sie dieser Aenderung zustimme oder lieber die ganzen Ausgaben fallen lasse. — Abg. Müller-Sagan (freis. Ver.): Dann wollen wir lieber der Regierung gleich aus diesen Gewissensbedenken heraushelfen und den Titel streichen. — Abg. Frese (freis. Ver.) erklärt sich ebenfalls grundsätzlich gegen diese Ausgaben, da durch dieselben die Regierung eine gewisse Verantwortung für die Rathsertheilung seitens der Kolonialgesellschaft übernehmen würde. Mindestens müsse erst diese Gesellschaft erweisen, ob sie für solche Zwecke qualifizirte Kräfte habe, und es sei deshalb höchstens eine einmalige Bewilligung statthaft. — Abg. Bebel (Soz.) lehnt die ganze Position ab, die Abgg. Hasse und Cahensly wünschen deren Genehmigung in der Fassung der Kommission, ebenso Stockmann, nach dessen Ausführungen ein Vertagungsantrag angenommen wird. — Weiterberathung morgen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Abgeordnetenhaus erledigte den Etat des Ministeriums des Innern. Minister Freiherr v. Hammerstein erklärte, daß, wenn der in der Besprechung des Falles Kulenkamp von ihm als Sitzredakteur bezeichnete Bredenbeck die von diesem zum Beweise dafür, daß er wirklicher Redakteur sei, eingesandten Artikel wirklich geschrieben habe, er thatsächlich als Redakteur betrachtet werden müsse, der sich allerdings in 11 Monaten 5 Mk. Geldstrafe und 16 Monate Gefängniß erschrieben habe. Hierauf wurde die Berathung des Kultus-Etats begonnen und nach einer längeren Rede des Abgeordneten Danzenberg (Centr.) über mangelnde Parität und für die geistige Schulaufsicht auf morgen vertagt.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Reichskanzler erhielt das Großkreuz des braunschweigischen Ordens Heinrich des Löwen. — Die Verordnungsblätter des Reiches veröffentlichen die Bekanntmachung betreffend den Fett- und Wassergehalt der Butter. Butter, welche in 100 Gewichtstheilen weniger als 80 Gewichtstheile Fett oder in ungesalzenem Zustande mehr als 18 Gewichtstheile, in gesalzenem Zustande mehr als 16 Gewichtstheile Wasser enthält, darf vom 1. Juli 1902 ab gewerbsmäßig nicht verkauft oder feilgeboten werden. Ferner wird die Bekanntmachung betreffend die Einrichtung und den Betrieb gewerblicher Anlagen zur Vulkanisirung von Gummiwaaren veröffentlicht. — Die Budgetkommission des Reichstages berieth heute über das Abkommen der Reichspostverwaltung und der württembergischen Postverwaltung über die Einführung der Einheitsmarke. Der Antrag, der Reichskanzler möge die Abmachungen dem Reichstage zur Mitgenehmigung unterbreiten, wurde mit 16 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Man hofft morgen die Etatberathung in der Kommission zu beenden.

Leipzig. (Priv.-Tel.) Der Kommerzienrath Carl Krause, Senior der Maschinenfabrik Carl Krause, ist im Alter von 79 Jahren gestern gestorben. — Das Landgericht zu Leipzig hat die gegen die Aufsichtsräthe der Leipziger Wollkämmerei angestrengte Regreßklage aus formalen Gründen zurückgewiesen. Die Verhandlung war vor der I. Kammer für Handelssachen anberaumt.

Hamburg. (Priv.-Tel.) Die deutsch-australische Dampfschifffahrts-Gesellschaft schlägt 8 Prozent Dividende vor, gegen 12 Prozent im Vorjahre.

Hamburg. Der Aufsichtsrath der Hamburg-Amerika-Linie beschloß, den Aktionären die Vertheilung einer Dividende von 6 Prozent vorzuschlagen. Der Betriebsgewinn beträgt etwa 20 Mill. Mk., wovon für Abschreibungen, Reserven, Assecuranzen und Erneuerungen etwa 14½ Mill. Mk. verwendet werden.

Konitz. (Priv.-Tel.) Die Strafkammer verurtheilte den Kommissar Block wegen zweier Körperverletzungen im Amte zu 150 Mk. Geldstrafe. Block hatte im Mai und Juni 1900, als die Krawalle in Konitz stattfanden, zwei Verhaftete geschlagen.

Hannover. Unter der Firma „Braunschweigisch-hannoversche Maschinen-Aktiengesellschaft" hat sich hier mit einem Aktienkapitale von 1 100 000 Mk. eine Aktiengesellschaft gebildet, welche den Betrieb des in Konkurs gerathenen Eisenwerkes Karlshütte in Ahlfeld-Delligsen und Bornum übernimmt und fortsetzt.

Köln. (Priv.-Tel.) Es verlautet, die Dresdner Bank habe durch einen ihrer Direktoren kürzlich die Situation der Rheinischen Bank prüfen lassen und beabsichtige, bei einer etwaigen Rekonstruktion derselben mitzuwirken.

Kattowitz. In der heutigen Sitzung der oberschlesischen Kohlenkonvention ist beschlossen worden, vom 1. April des Jahres ab die Preise für vorwiegend dem Industriebedarf dienende Kohlensorten von Nuß II abwärts um 60 Pfg. pro Tonne zu ermäßigen. Für Stückwürfel und Nußkohle tritt vom 1. April ab der entsprechende Sommerabschlag in Kraft.

Wien. (Priv.-Tel.) Karl Hubika, Redakteur des Blattes „Die Reichswehr", hat heute morgen seine Frau und dann sich selbst erschossen. Hubika war mit seinem Bruder an der Gesellschaft südböhmischer Graphitwerke betheiligt und soll dabei sein und seiner Frau Vermögen verloren haben.

Paris. (Priv.-Tel.) Die bei der Kundgebung am Sonntag verhafteten Personen sind heute zu Gefängnißstrafen von vierzehn Tagen bis zu vier Monaten verurtheilt worden. Die bei den verhafteten Anarchisten vorgenommenen Haussuchungen haben nur unwichtige Schriftstücke zu Tage gefördert. Fünf russische Anarchisten wurden ausgewiesen.

Rom. (Priv.-Tel.) Die Königin-Wittwe Margherita von Italien ist heute Morgen nach Turin abgereist, da in der Nacht Telegramme über einen ernsten Zustand im Befinden ihrer Mutter, der Herzogin von Genua, eingetroffen sind. Wie verlautet, wird auch der König nach Turin abreisen.

Bilbao. (Priv.-Tel.) Gestern wurden hier 8 Anarchisten verhaftet, darunter 2 Engländer, 2 Franzosen und 1 Schweizer. Die bei ihnen vorgenommenen Haussuchungen erbrachten den Beweis, daß von ihnen ein Komplot vorbereitet wurde.

Brüssel. (Priv.-Tel.) In der gestrigen Konferenz ereignete sich ein Zwischenfall, der die Unterzeichnung des Zuckerübereinkommens verzögern dürfte. Alle Vertreter waren bereits im Besitze der Vollmachten ihrer Regierungen, nur die deutschen Vertreter nicht, welche erklärten, sie könnten erst 1904 als den Beginn der neuen Bestimmungen annehmen, was vorher Oesterreich verlangt hatte, während auf Verlangen Deutschlands 1903 festgesetzt worden war. Die englischen Vertreter erklärten aber das Uebereinkommen als unabänderlich. In der Abendsitzung schränkten allerdings die deutschen Vertreter ihre Erklärung ein, indem sie mittheilten, daß sie im Prinzip dem Uebereinkommen zustimmten, aber einige kleine Aenderungen verlangten und nach Berlin reisen müßten, um neue Instruktionen einzuholen. Der deutsche Delegirte Körner reist heute Abend nach Berlin ab; erst nach seiner Rückkehr kann die Unterzeichnung des Uebereinkommens erfolgen. Die Aenderung in der Haltung der deutschen Vertreter erklärt man hier damit, Deutschland suchte nach dem Inkrafttreten der neuen Bestimmungen die Einfuhr des österreichischen Zuckers. Deutschland habe nur in der Voraussetzung, Oesterreich werde 1903 nicht annehmen, für diesen Termin gestimmt.

Brüssel. In der heute Vormittag abgehaltenen Zuckerkonferenz wurde beschlossen, daß die Konvention am Donnerstag unterzeichnet werden soll. Der offizielle Wortlaut der Konvention wird alsbald nach der Unterzeichnung veröffentlicht.

London. Der König empfing gestern den deutschen Militär-Attaché Hauptmann Graf von der Schulenburg in Audienz, welcher ein Handschreiben des Deutschen Kaisers überreichte.

(Nachts eingehende Depeschen befinden sich Seite 4.)

Frankfurt a. M. (Schluß.) Gotthard 220,80. Lombarden 18,90. Fest.

Paris. 5 Uhr Kurse. Rente 101,30. Italiener 100,40. Spanier 71,87½. Portugiesen 28,60. Türken 26,87½. Diskontobank 118,25. Ottomanbank 664,—. Suez-Bahn —,—. Lombarden 100,—. Fest.

Paris, Produktenmarkt. Weizen per März 20,70, per Mai-August 21,60, ruhig. Gekündigt per März 25,50. per September-Dezember 27,75, ruhig. Mehl per März 63,00, per September-Dezember 63,00 behauptet.

Amsterdam. Produkten-Markt. Weizen per März —,—, per Mai —,—, geschäftslos. Roggen per März 133,—, per Mai —,—, fest.

Oertliches und Sächsisches.

— Ihre Königl. Hoheiten Prinz Georg und Prinzessin Mathilde empfingen gestern Nachmittag ½5 Uhr im Palais auf der Zinzendorfstraße den neuernannten kaiserlich persischen Gesandten Hadji Mirza Mahmoud Khan, der im „Europäischen Hof" Wohnung genommen hat, in feierlicher Audienz.

— Ihre Kaiserl. Königl. Hoheit Frau Prinzessin Friedrich August beehrte gestern die Papier- und Schreibwaarenhandlung des Königl. Hoflieferanten Woldemar Türk.

— Unter den Bewohnern von Ober-Loschwitz—Weißer Hirsch läuft das Gerücht, daß im Sommer dieses Jahres Prinz und Prinzessin Heinrich von Preußen sich einige Zeit im Sanatorium des Herrn Dr. med. Lahmann zur Kur aufhalten würden.

— Dem Postmeister Schuberth in Bad Elster ist das Ritterkreuz 2. Klasse des Albrechtsordens verliehen worden.

— Landtag. Gestern hielten beide Kammern Sitzungen ab. Das Ereigniß in der 53. öffentlichen Sitzung der Zweiten Kammer war das erstmalige Hervortreten des Herrn Justizministers Dr. Otto als Redner in der Kammer. Dr. Otto bietet in seiner Erscheinung und seiner Rhetorik nicht die traditionellen äußeren Züge des überlegenen Juristen; je länger man aber seinen zunächst sogar mit scheinbarer Zurückhaltung gemachten Ausführungen folgt, desto weiter vertieft sich der Eindruck seiner Darlegungen, zu denen man in steigendem Maße das Vertrauen gewinnt, daß sie unverrückbar und bis in die letzten Phasen durchdacht sind. Der Herr Minister gab in etwa halbstündigem fließenden Vortrage Auskunft über eine Reihe Anfragen, die aus der Mitte der Kammer an ihn gerichtet worden waren. Den besten Eindruck machte die Kenntniß, die er auf allen Gebieten der Justizverwaltung verrieth, man hatte nicht im Entferntesten den Eindruck, daß hier ein Minister sprach, der erst seit 11 Tagen an der Spitze des Justizministeriums steht. Der Herr Minister spricht in hoher Tonlage, artikulirt scharf und baut kurze, leichtverständliche Sätze. Auf der Tagesordnung steht der Justizetat. — Namens der Finanzdeputation A referirt Abg. Gontard-Leipzig: Während der Aufstellung des Justizetats habe das Justizministerium zwei Mal seinen verantwortlichen Leiter gewechselt, so daß man es mit drei Justizministern zu thun habe. Wenn dem verewigten Herrn Justizminister Dr. Schurig zuweilen der Vorwurf gemacht worden sei, daß er eine besondere Freude daran gehabt habe, in seinem Etat Ueberschüsse zu erzielen, und daß er zu diesem Zwecke zuweilen Maßregeln unterlassen habe, die im Etat vorgesehen waren, so habe sein Herr Nachfolger in der Deputation eine Erklärung dahin abgegeben, daß er seine Verwaltung genau nach dem Etat einrichten werde. Es sei zu hoffen, daß auch der jetzige Herr Justizminister in gleichem Sinne die Geschäfte leiten und eine diesbezügliche Erklärung hier abgeben werde. Zum Etat selbst bemerke er, daß auf die Klagen vieler Richter über ungünstige Aufrückungsverhältnisse und die Vermuthung, daß nicht alle im Etat vorgesehenen höheren Stellen besetzt seien, alljährlich eine Rangliste ausgearbeitet werde, aus der man sich von dem ordnungsmäßigen Aufrücken überzeugen könne. Bezüglich der bei den Gerichtssekretären verbreiteten Ansicht, daß eine Anzahl Stellen der oberen Gehaltsklassen offen gelassen würden, um Ersparnisse zu erzielen, sei das Gegentheil nachgewiesen worden. — Abg. André-Braunsdorf meint, daß man in der Ertheilung des Armenrechts oft zu weit gehe und führt hierfür ein Beispiel an. Es möchten in Zukunft nicht Prozeßkosten vom Staate gezahlt werden, die von dem Kläger recht gut getragen werden könnten. — Abg. Töpfer-Böhlen bittet den Minister, dafür Sorge zu tragen, daß Arbeitern, die eine Strafe zu verbüßen haben, ein Strafaufschub gewährt werden möchte, wenn sie wegen dringender Arbeiten, beispielsweise während der Erntezeit, genöthigt würden. — Vicepräsident Dr. Schill-Leipzig: Es sei in der That dringend nothwendig, daß das Regiment im Justizministerium streng auf Grund des Etats geführt werde, denn von allen Seiten seien Klagen hierüber laut geworden. Er möchte nur die eine Thatsache konstatiren, daß mehr Land- und Amtsrichter angestellt worden seien, als im Etat bewilligt worden waren, und daß an anderen Etatposten Ersparnisse gegen die Absicht der Stände gemacht worden seien. Die Gerichte und die richterliche Gewalt sollen der Fels sein, an dem sich die Wogen der Parteien brechen sollen. Leider sei von gewisser Seite nicht aufgehört worden, dem Richterstande vorzuwerfen, daß er Beeinflussungen zugänglich sei. Er wisse genau, daß unseren sächsischen Richterstand diese Vorwürfe nicht trüben, er stehe in seiner Pflichttreue obenan (Bravo!); aber für die Verwaltung ergebe sich die Verpflichtung, darauf zu sehen, daß Alles beseitigt werde, was im Publikum die Meinung erzeugen könnte, daß die Richter nicht ganz so unabhängig dastünden, wie sie stehen sollten. Deshalb müsse die Gehaltsregulirung der Richter auch denjenigen Erfordernissen entsprechen, welche man in Bezug auf die Unabhängigkeit der Richter stellen könne, und das Aufrücken im Gehalt müsse durch alle Richterstellen hindurch gesetzlich festgelegt sein. Der Herr Minister würde sich ein großes Verdienst erwerben, wenn er schon in der nächsten Session einen diesbezüglichen Gesetzentwurf vorlegte. — Hierauf wurden bei Kapitel 38 „Justizministerium nebst Kanzlei und Sportelskalkulation" nach der Vorlage die Einnahmen mit 1400 Mk. genehmigt und die Ausgaben mit 291 300 Mk. bewilligt. Kap. 39 (Oberlandesgericht und Staatsanwaltschaft beim Oberlandesgerichte nebst Kanzleien) findet ohne Debatte Erledigung; es werden die Einnahmen mit 28 100 Mk. genehmigt und die Ausgaben unter Abänderung von Tit. 5 mit 537 100 Mk., darunter 1800 Mk. transitorisch, mit der Maßgabe bewilligt, daß die mit der Stellenvermehrung verbundenen Aufrückungen in höhere Gehaltsklassen frühestens vom 1. Mai d. J. ab erfolgen dürfen. — Bei Kap. 40, Landgerichte, Amtsgerichte und Staatsanwaltschaften, bittet Sekretär Rüger-Roßwein, bei Justizbauten künftig mehr, als es bisher geschehen, die einheimischen Handwerker zu berücksichtigen. — Abg. Dr. Spieß-Pirna spricht sich für eine Vermehrung der Richterstellen aus und wendet sich gegen die übermäßige Verwendung von Hilfsrichtern. Auch bezüglich der Besetzung der oberen Stellen der Expeditionsbeamten müsse Wandel geschaffen werden. Weiter wendet sich Redner gegen die Art der Prüfung für den Sekretärposten, wünscht Anstellung der älteren Aktuare als Sekretäre auch ohne Examen und plaidirt für Gleichstellung der Gerichtsdienergehilfen mit den Gerichtsvollziehergehilfen. — Abg. Dr. Vogel-Dresden würde es dankbar anerkennen, wenn man künftig die jungen Justizbeamten nicht so sehr mit Schreiberdiensten belasten würde. Redner hält es für ungesetzlich, wenn, wie es zur Zeit geschehe, ein Landgerichtsdirektor an mehreren von vornherein bestimmten Tagen der Woche durch den dienstältesten Richter im Vorsitz ersetzt werde. Auch die Einrichtung entspreche nicht den reichsgesetzlichen Bestimmungen, daß den Kammern für Handelssachen ein junger Richter beigegeben werde, der die Urtheile auszufertigen habe. Endlich spricht Redner für baldige Vervollständigung der Gerichtsräume in Dresden. — Hierauf ergreift das Wort Justizminister Dr. Otto: Wenn er heute zum ersten Male dazu berufen sei, vor der Kammer den Justizetat zu vertreten und den Herren Abgeordneten Rede und Antwort zu stehen, so könne er nur bedauern, daß er es sein müsse, dem die Früchte in den Schooß fielen und nicht sein Amtsvorgänger, der den Etat aufgestellt habe und der in Folge seiner reicheren Erfahrung eher im Stande gewesen wäre, den Etat zu vertreten. Für das ihm entgegengebrachte Vertrauen danke er. Er werde alle die Erklärungen, die seitens